

**Pressesprecher  
Bernd Sanders**Landeshaus  
24100 Kiel  
Telefon 0431-988-1440  
Telefax 0431-988-1444  
Internet: <http://www.landsh.de/cdu-fraktion/>  
e-mail: [fraktion@cdu.landsh.de](mailto:fraktion@cdu.landsh.de)

## **PRESSEMITTEILUNG**

**Nr. 52/00 vom 10. Februar 2000**

### **Meinhard Füllner: Kein Grund zur Entwarnung**

„Es gelingt der Landesregierung nach wie vor nicht, die Kriminalität von dem hohen Niveau im Vergleich zu anderen Bundesländern herunterzubringen. Der leichte Rückgang der registrierten Delikte ist bundesweit erkennbar. Schleswig-Holstein spielt also keine Sonderrolle. Unser Land liegt in der Kriminalitätsbelastung weiterhin im oberen Niveau der alten Flächenländer“. So kommentiert der parlamentarische Geschäftsführer und polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Meinhard Füllner, die heute vom Innenminister vorgelegte Kriminalitätsstatistik.

Der Rückgang von Straftaten ist vorrangig bei Massendelikten wie Kfz-Diebstahl und Ladendiebstahl zu verzeichnen. Dies ist fast ausschließlich auf technische Verbesserungen wie Wegfahrsperre oder verbesserte elektronische Warensicherung zurückzuführen und nicht etwa auf erfolgreiche Präventionsarbeit oder Polizeipräsenz.

Besorgniserregend ist nach wie vor der Umfang und die Schwere der Jugendkriminalität. Ein Drittel aller Tatverdächtigen sind im Alter unter 21 Jahren. Bei der Gewaltkriminalität und beim schweren Diebstahl geht jede zweite Straftat auf das Konto eines Jugendlichen. Auch in diesem zentralen Bereich ist die bisherige Präventionsarbeit offenbar erfolglos.

Als besonders gravierend bezeichnete Füllner die wachsende Zahl von Drogentoten und den kräftigen Anstieg der Rauschgiftkriminalität um 14,9 Prozent. „Ein Zeichen dafür, dass die drogenpolitischen Konzepte der rot-grünen Landesregierung gescheitert sind“, so Füllner.

Füllners Fazit: „Bei der Kriminalitätsbelastung keine Entwarnung für Schleswig-Holstein, sie liegt weiterhin auf zu hohem Niveau – auch im Bundesvergleich. Insgesamt ist der Trend bundesweit gleich. Die bisher vorliegenden Konzepte greifen nicht. Es bleibt viel zu tun für Politik, Polizei und Gesellschaft“.